



Solide Staatsfinanzen sind für Wohlstand und Sicherheit eine zentrale Stütze.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Die Schuldenbremse diszipliniert die Politik

Die Schweiz sollte an ihrer lange aufgebauten Stabilitätskultur festhalten. Über Jahre gewachsene Strukturprobleme lassen sich nicht mit mehr Schulden lösen. **Gastkommentar von Ernst Baltensperger, Lars P. Feld, Christoph A. Schaltegger und Volker Wieland**

Deutschland hat seine Schuldenbremse ausser Kraft gesetzt, um fiskalischen Spielraum im Umfang von mehr als einer Billion Euro für die neue Bundesregierung freizumachen. Sollte die Schweiz diesen Weg auch beschreiten? Nein, denn Schulden ohne Limit gefährden Wohlstand und Sicherheit.

«Die Finanzlage der Eidgenossenschaft ist nicht das Resultat einer liederlich verbrachten Nacht. Die Defizite des Bundes sind ein in Jahren und Jahrzehnten gewachsenes Strukturproblem.» Diese Worte sprach der wortgewaltige Bundesrat Willi Ritschard im Jahr 1980. Einer Zeit also, zu welcher der Ost-West-Konflikt mit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan auf einen neuen Höhepunkt zurollte. Einer Zeit, die einige Parallelen zu heute aufweist.

Steter Ausbau des Sozialstaats

Dies gilt insbesondere für die Sicherheitspolitik. Es gilt aber gleichermassen für die Herausforderungen in der Finanzpolitik. Die weltweiten Schuldenstände lagen bereits vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine über jenen Werten, die nach dem Zweiten Weltkrieg gemessen wurden. Im Euro-Raum sind es mittlerweile über 90 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Und dabei halten die Zentralbanken weltweit mehr Staatsanleihen als nach dem Zweiten Weltkrieg. Vielen Staaten gelingt es nicht, ihre Haushalte in guten Jahren auszugleichen. Ganz im Gegenteil, die Schuldenstände erhöhen sich treppentypisch von jeder Krise zur nächsten.

Dies ist gerade in den Ländern Europas der «sozialen Dominanz» im Staatsbudget geschuldet. Mittlerweile fliessen etwa 25 Prozent des BIP in den Sozialstaat – Tendenz weiter steigend. Dabei profitieren vor allem gut organisierte Interessen

Der aufgeblähte Staatssektor fördert eine Regulierungsdichte, welche die wirtschaftliche Dynamik behindert und das Zukunftsvertrauen der Konsumenten untergräbt.

der Mittelschicht von dieser Aufblähung der Budgets, also jene Kreise, die eigentlich zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen sollten. Und dies alles zulasten der Verteidigungsbudgets und damit zulasten einer zentralen Staatsaufgabe bei der Wahrung von Unabhängigkeit und Freiheit.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Fiscal Monitor die Staaten zu ernsthaften Konsolidierungsschritten ermahnt. Schuldenpolitik bringt Kosten und Risiken mit sich. Gerade eine robuste Verteidigungsfähigkeit erfordert solide Staatsfinanzen. Die Zinskosten fressen jedoch heute trotz dem tiefen Zinsniveau in einigen Staaten bereits 10 Prozent ihrer Einnahmespielräume weg. Die erhöhte Risikowahrnehmung eines Zahlungsausfalls spiegelt sich in erhöhten Renditen auf den gehandelten Staatspapieren wider. Und der aufgeblähte Staatssektor fördert eine Regulierungsdichte, welche die wirtschaftliche Dynamik behindert und das Zukunftsvertrauen der Konsumenten untergräbt.

Trotzdem halten sich Mythen einer sorglosen Finanzpolitik hartnäckig. Das Muster der Argumente folgt dem Motto: «Diesmal ist alles anders.» Carmen Reinhard und Kenneth Rogoff zeigten in ihrem gleichnamigen Buch zur Geschichte der Finanzkrisen, dass dieses Muster eine historische Konstante darstellt.

Beliebt ist das Argument, dass Schulden die zukünftigen Generationen gar nicht belasten würden – sogar das Gegenteil sei der Fall. Das Argument geht auf Abba Lerner's «functional finance» zurück und befasst sich nicht mit der Ausgabenhöhe, sondern nur mit der Finanzierungsfrage und ihrer Verteilungswirkung. Dabei reagieren die Finanzmärkte schon auf die Erwartung höherer Staatsverschuldung mit höheren Zinsen, wie der Anstieg des Zinssatzes für zehnjährige Staatsanleihen Deutschlands um rund 40 Basispunkte zeigt. Dass Schulden politökonomisch zur permanenten

Erhöhung der Ausgaben missbraucht werden und nicht zur temporären Glättung der Steuerbelastung über die Konjunktur, bleibt unberücksichtigt.

Ein anderes beliebtes Argument negiert den Zusammenhang von Schulden und wirtschaftlichem Wachstum. Schulden stellen aber eine latente Steuerlast dar und wirken dadurch investitions-hemmend. Staatlich geförderte Projekte verdrängen so Privatinvestitionen.

Finanzielle Stabilität ist Voraussetzung für jeden handlungsfähigen Staat. Solide Staatsfinanzen sind für Wohlstand und Sicherheit eine zentrale Stütze. Dazu braucht es Regeln, die den politischen Prozess daran hindern, der Verlockung nachzugeben, unmittelbare Zielkonflikte im Budget auf zukünftige Steuerzahler zu verschieben.

Sinnvolle Fiskalregeln sind daher einerseits strikt genug, um die Politik zur Prioritätensetzung zu zwingen, andererseits aber auch hinreichend flexibel, um auf makroökonomische und geopolitische Schocks zu reagieren. Eine einfache Unterscheidung zwischen Konsum- und Investitionsausgaben im Sinne der «goldenen Regel», die Verschuldung nur für Investitionszwecke erlaubt, kann dies nicht leisten. Das zeigt die deutsche Erfahrung bis zur Einführung der Schuldenbremse 2009, denn jede Interessengruppe reklamiert für sich, dass «ihre» Ausgaben tatsächlich eine Rendite für die Gesellschaft abwürfen und so als Investition zu qualifizieren seien. Faktisch war die «goldene Regel» weitgehend wirkungslos.

Verteidigung ist eine Kernaufgabe

Die Schweizer Schuldenbremse schneidet unter den genannten Kriterien gut ab. Einerseits sind die Spielräume im Budget mit der Schuldenbremse begrenzt und lassen keine Schuldzunahme in guten Zeiten zu. Dass diese Begrenzung für die Ausgaben nicht allzu restriktiv ist, zeigt die aktuelle Rechnung des Bundes, die ein Ausgabenwachstum im Jahr 2024 von 4 Prozent zulässt, während die Wirtschaftsleistung um 2,3 Prozent zunahm. Gleichzeitig ist die Schuldenbremse für Krisensituationen flexibel genug. Das hat nicht nur der ausserordentliche Zahlungsbedarf von etwa 30 Milliarden Franken im Rahmen der Corona-Massnahmen gezeigt, sondern auch die Ausgaben im Asylbereich für Flüchtlinge aus der Ukraine.

Für zukünftige Budgetdebatten sind hinsichtlich einer adäquaten Sicherheitspolitik zwei Aspekte wichtig. Erstens: Welcher Budgetanteil soll für die Landesverteidigung langfristig reserviert werden, damit diese ihren Auftrag erfüllen kann? Dieser muss sich im Rahmen der Schuldenbremse im ordentlichen Budget finanzieren lassen, denn Landesverteidigung gehört zu den unbestrittenen Kernaufgaben jeder Gesellschaft. Das impliziert für die kommenden Jahre die Schaffung eines entsprechenden Freiraums durch Abbau der sozialen Dominanz im Budget.

Zweitens: Aus Gründen beschränkter Angebotskapazitäten muss eine notwendige Nachrüstung zwangsläufig über erhebliche Zeit verteilt erfolgen. Ist aber trotzdem zeitweise ein schnelleres Beschaffungstempo nötig, als kurzfristig Freiräume im Budget geschaffen werden können, kann ein ausserordentlicher Zahlungsbedarf auch über staatliches Vermögensmanagement adressiert werden.

Der Staat braucht ein Portfolio an betriebsnotwendigen Vermögenswerten, um seine politischen Ziele erfüllen zu können. Ändert sich die politische Strategie des Staates – etwa durch neue sicherheitspolitische Prioritäten –, zieht das eine Veränderung dieses Portfolios nach sich. Die Schuldenbremse ist ein Instrument, um die Passivseite der Staatsbilanz zu stabilisieren und die Bilanzführung zu disziplinieren.

Die Finanzierung eines zusätzlichen Investitionsbedarfs nach einer Änderung politischer Prioritäten muss nicht über einen generellen Ausbau der Vermögenswerte und eine Bilanzverlängerung erfolgen. Alternativ bietet sich ein gezielter Abbau von nicht mehr betriebsnotwendigem Vermögen an. Man denke an den Verkauf von Staatsbeteiligungen an eigentlich privatwirtschaftlich operierenden Unternehmen wie der Swisscom. Dieses Vorgehen ist schulden- und bilanzneutral und zieht damit keinen neuen Einnahmebedarf nach sich. Die Bewirtschaftung des Vermögensportfolios und die laufende kritische Hinterfragung desselben gehören zu den Managementaufgaben eines jeden Finanzhaushalts.

Die Schweiz sollte nicht dem sich abzeichnenden Weg der künftigen deutschen Regierung folgen und die lange aufgebaute Stabilitätskultur mit Transferzusagen in alle Richtungen riskieren. Willi Ritschard hatte schon recht: Die über Jahre gewachsenen Strukturprobleme lassen sich nicht mit noch mehr Schulden lösen. Die über zwanzig Jahre bewährte Schuldenbremse ist ein sinnvoller Kompass, um Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten.

Ernst Baltensperger ist emeritierter Professor für Volkswirtschaft an der Universität Bern. **Lars P. Feld** ist Direktor des Walter-Eucken-Instituts an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. **Christoph A. Schaltegger** ist Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern. **Volker Wieland** ist Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability an der Goethe-Universität Frankfurt.